

# Nebrer Anzeiger

## für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:

Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Amthliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Hedra a. H.

Ar. 51.

Hedra, Mittwoch, 28. Juni 1899.

12. Jahrgang.

### Das Kabinet Waldeck-Roussieu

Wird keine Dauer haben und vielleicht nicht einmal die Zeit, seine einzige Aufgabe zu lösen: nämlich die Aufklärung mit der Dreifachfrage. Nicht nur, daß sich alle getreuen und offenen Gegner der Republik gegen das neue Ministerium verbinden: das wäre zu erwarten, wenn nur die Republikaner unter sich einig wären, was aber gerade jetzt weniger denn je der Fall ist, und was doch jetzt nötiger denn je wäre.

Der aristokratische Republikaner, der General Gallix, ist in dem Kabinet Waldeck-Roussieu neben dem Vertreter des Biederstrahls und der Commune, Millevand! Eine solche Zusammenstellung ist bisher noch nicht versucht worden und fordert auf beiden Seiten das härteste Mißtrauen heraus. In der sozialistischen Partei, die erst vor wenigen Monaten aus Versailles, Marziani, Blanqui und sonstigen „Iren“ zusammengesetzt wurde, werden wir und in ihrer Vereinigung eine Macht in der Deputiertenkammer darstellen, die es bereits zu einer Spaltung gekommen. Dreizehn Abgeordnete dieser Partei sind zu einer besonderen sozialistisch-revolutionären Gruppe zusammengedrungen und haben ein heftiges Manifest gegen den Eintritt Gallix's in das Ministerium erlassen. Es heißt darin: „Ohne irgend eine Beschränkung der zur Liquidation der Affäre Dreifach dienenden Maßnahmen zu wollen, ist unsere erste Pflicht die Emanzipation des Arbeiterhandes und des revolutionären Sozialismus. Wir müssen das von neuem in dem Augenblick erklären, wo die Bourgeoisie, die Arbeiter und Nationalisten zu vertreiben, den Schicksal Gallix's, des Verkäufers der Montagne (1871) und des Vorkämpfers der Arbeiter von Paris und der Commune zu Hilfe rufen.“

Die gemäßigten Republikaner sind gleichmäßig gegen Gallix und gegen Millevand. Auch der Senat ist wieder heftig gegen sich gespalten. Man erimnt sich jetzt daran, daß der schneidige Meiergeneral schon einmal zum Minister anwesend war, nämlich zur Zeit der Boulange, daß aber damals die Minister befürchteten, es könne in ihm ein neues und viel gefährlicheres Boulanger entstehen. Die Nachsicht von der beabsichtigten Ernennung Gallix's bestimmte Boulanger zu seiner Flucht nach Belgien.

Gallix soll dieser Tage gesagt haben: „Man wirft mir meine Handlungsweise im Jahre 1871 vor. Ich habe damals Geiz und Verachtung vertrieben. Heute, wo das Herz zu viel spricht, stehe ich wieder im Dienste der Majorität, des Gezeßes und der Verfassung.“ Auch ohne diese Versicherung läßt die Person Gallix's darauf schließen, daß das neue Ministerium den Witz ziehen wird, gegen die heftigsten Kundgebungen vorzugehen, die unter dem Schutze der vielerorteten Armee-Ehre zu Tage treten, um die Offiziere, die in den nächsten Tagen in Rennes zum Kriegszug aufzubrechen werden, in nicht mißzuverstehender Weise zu influieren.

Das Waldeck-Roussieu ist vom Borgh noch das Amere übernahm, daß nicht übersehen. Die Antokratie seines Namens, der nach Gallix's Vertritt die bei der Präsidentschaft in Versailles neben den 244 Stimmen Frankreich mit 184 Stimmen im ersten Wahlgang favorisierte, selbst die Entschlossenheit, die die Ereignisse in Frankreich z. B. von dem Minister des Innern erfordern. Verdrängen wird wieder die Nennenernennung Delcassé — trotz Foch — als Minister des Aeußeren. Die Nationalisten haben Delcassé nicht verziehen, daß vor Monatsfrist Freycinet leitend neben dem Hofen des Kriegsministers abtrat. Er wird unter Waldeck-Roussieu noch mehr als unter Dupuy die Zielfarbe ihrer Pfeile sein. Er stellt dies Los mit dem neuen Justizminister Monis, dem Waldeck-Roussieu fast des anfangs eifrigsten Anhängers wohl nur deshalb genommen, weil die gegen diesen von republikanischer Seite erhobenen Einwände, er sei ein schmaler Charakter, nicht zureichten.

Das neue Ministerium hätte es sich zur Aufgabe gestellt, alle republikanischen Gruppen zusammenzufassen; es hat das Gegenteil erreicht. Denn jetzt gerade sind alle Parteien gespalten; man schwärmt, ob man dieses Ministerium unter-

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

\* Das Kaiserpaar empfing am 24. d. in Kiel den Botschafter des griechischen Kronprinzenpaars.

\* Der Reichstag hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister v. Bülow, den Grafentitel verliehen.

\* Die Londoner Daily Mail erklärt es jetzt für eine endgültig beschlossene Thatsache, daß der Herzog von Albany, Sohn des verstorbenen Herzogs von Albany, dem Herzog Albrecht aus dem Koburger Thron folgt.

Der junge Prinz werde sofort mit seiner Mutter, die beabsichtigt eine Bräutigam von Waldeck zu nach Deutschland reisen, um in deutschen Verhältnissen erzogen zu werden. (Bestätigung bleibt abzuwarten.)

\* Der Reichskanzler Herr v. Hofmann beabsichtigt, wie alljährlich, am Sommeranfang den Aufbruch zu tun in die Ostsee (Dänemark) einzuführen, wo ihm Graf Goltzowits einen Besuch abstaten wird.

\* Der auf der heimreise aus Ostafrika befindliche Vangerterkreuzer „Kaiser“ hat den Befehl, die marokkanischen Küsten und besonders den Hafen von Tanger anzulauten. — Ein direkter Anlauf zu dieser Anordnung ist augenblicklich nicht bekannt, die unruhigen Verhältnisse des nordafrikanischen Staates hindern es aber nicht überflüssig, zur Sicherung des deutschen Handels bei jeder sich darbietenden Gelegenheit unter Flagge in den dortigen Gewässern zu segeln.

\* Die Nachricht, daß Deutschland die Varen-Aniel anerkennen habe, wird von der Nord. Woch. Zeitung für falsch erklärt. Es wurde bereits vor Kurzem festgestellt, daß eine von dem deutschen Gesandten in Berlin in veranlaßte Expedition lediglich zu Hilfszwecken nach seiner Aniel abgegangen ist. Findet dieselbe, so schreibt das offizielle Blatt, den Weg für seine Zwecke geeignet, so wird es ihr natürlich freistehen, auf dem herentretenden Land die ihr etwa zweckmäßig scheinenden Anlagen herzustellen und in Betrieb zu nehmen.

\* Die Hebungstreife des Grafen Generalrabes unter Leitung des Chefs des Generalstabes, Generals Grafen v. Schlieffen, nimmt am 26. d. in der Begend von Mainz, wo das erste Lebensquartier genommen wird, ihren Anfang. Die Weite wird sich im wesentlichen in dieser Richtung bewegen und so weit sie nicht entlang auch das frühe Abmarchen in den Bereich der Operationen zieht — hauptsächlich das Großherzogtum Hessen, die Provinz Hessen und das nördliche Bayern berühren.

\* Zur Sakreitagsvorlage im preuß. Abgeordnetenhaus sollen die Konterpartien und das Zentrum ein Kompromiß beschließen haben, wonach der Kartelltag zwar als Kartelltag, aber als allgemeiner Freitagstag erklärt wird, aber entsprechend dem Kommissionsbeschlusse des Herrenhauses öffentlich bemerkbar und geräuschvolle Arbeiten nicht allgemein, sondern nur in der Nähe von dem Gottesdienst gebührenden Gebäuden verboten werden.

\* Der Kardinal Fürst-Bischof von Prag, Graf Schönborn, ist in der Nacht zum Sonntag gestorben.

\* Der Reichstag hat die sächsische Seite angezogen, soll im September d. in Straßburg ein allgemeiner österreichischer Slaventag stattfinden, um gegen das gemeinsame nationalpolitische Programm der Deutschen Stellung zu nehmen. Ein lawisches Gegenprogramm ist vorbereitet und wird zur Beratung vorgelegt werden. In Straßburg wurde gewählt, um die Polen für den Slaventag zu gewinnen und zur Erinnerung an den ersten allgemeinen Slaventag, der im Jahre 1848 ebenfalls in Straßburg abgehalten wurde.

\* Das unter 10 vielen Schwierigkeiten endlich zu stande gekommene Ministerium Waldeck-Roussieu setzt sich aus Mitgliedern aller Spaltungen der Linken, vom gemäßigten

Republikaner bis zum Sozialisten, zusammen. Der neue Kriegsminister Gallix soll beabsichtigen, den Militärgouverneur von Paris zu kündigen durch einen anderen General zu ersetzen, die Generale Boisdeffre und Gonse zu pensionieren und Pellieu zur Disposition zu stellen. — In Rennes rüht man sich am Empfang Dreifach's, der etwa am Dienstag dort eintreffen sollte. — Der Kaiserpaar befindet sich in Hedra an, das während der Verhandlung des Kriegsgesetzes die Auslagen zweier Zeugen veröffentlichte, die nämlich die Schuld Dreifach's bestätigen. Die Acti dieser Zeugen mache jede Erörterung unmöglich.

\* Aus der sozialistischen Gruppe der Kammer sind fünfzehn Mitglieder ausgeschieden wegen des Eintritts Gallix's in das Kabinet.

\* Die Abschaffung der Deportation nach Sibirien ist vom Parlament angezogen worden. Zur Beratung dieser Frage ist eine Kommission eingesetzt worden, die sich mit folgenden Fragen zu befassen haben wird: 1) Erlegung der Deportation auf Grund richterlicher Entscheidungen durch gleichwertige Strafen; 2) Abschaffung oder Einschränkung der im Verwaltungsvergange erfolgten Deportation; 3) Verbesserung des Loos der zur Zeit in Sibirien befindlichen Deportierten; 4) Organisation der Zwangsarbeit und Internierung in Arbeitsstätten als Vorkriegsregel und Strafmittel.

\* Der König von Serbien hat dem Sultan sein Bedauern über die Grenzvorfälle nicht ausgesprochen, wie gemeldet worden war. Die serbischen Truppen bleiben vorläufig in der Nähe der Grenze.

\* Die Transvaal-Regierung geht weiter ihren Weg: Reformen in der einen, das Schwert in der andern Hand. Sie hat endgültig beschlossen, die Vertreibung der Botschafter in Pretoria zu erwidern und zwar wahrscheinlich bis zu sechs Mitgliedern. Unverküsst aber hat sie dieser Tage bei Strupp in Stellen 25 Schnellfeuergeschütze und mehrere großkalibrige Geschütze für die Stellungsbatterie bestellt.

\* Der Meldung, daß der Kalifa wieder die Macht gewinne, folgt schnell eine andere. Nach amtlichen Nachrichten ist der Kalifa mit 4000 Mann zwischen Soudan und Beldina von Tagallos angegriffen worden. Die Tagallos wehren, sie hätten eine große Zahl von Personen getötet und die einzige Kanone des Kalifa erbeutet; sie hätten jetzt den Kalifa zwischen den Hügeln eingeschlossen.

\* Die Unruhen in Indien gelten als beigelegt. Wie der Gouverneur von Madras mitteilt, ist die Ruhe in Madras von Neuem wiederhergestellt. Es sei nicht anzunehmen, daß die Unruhen sich nach Süden ausdehnen; 400 Verhandlungen seien vorgenommen und überall Friedensmaßregeln getroffen worden.

\* Die Einzelheiten der Beschlüsse der Oberkommission in Samoa lassen sich nach den kurzen telegraphischen Nachrichten noch nicht mit Sicherheit übersehen. Man wird wohl die ausführlichen Angaben des Freitagstages erwarten können, die noch nicht eingetroffen sind. Soviel steht aber fest, daß aus den bisherigen Verhandlungen der gute Wille und die Einsicht der drei Delegierten zur Schaffung eines annehmbaren Kompromisses klar zu ersehen ist und es in unterrichteten Kreisen keinen Zweifel, daß die Vorschläge der Kommission von den Beteiligten angenommen werden können. Das laute Eingreifen der Kommission hat zunächst den Frieden hergestellt; gewisse Rücksichtnahmen, die z. B. Malietoa Tanu die farge Anerkennung seiner Königsgegend und die Genugthuung des „freimilligen“, aber sofortigen Adrehts schaffen, werden fernerhin Anstalten erregen und diesen Anstalten einmütig entgegenzutreten wird weitere Maßnahmen auf persönlichen Gebiete zu beurteilen haben und gutheissen.

\* Der Reichstag hat die sächsische Seite angezogen, soll im September d. in Straßburg ein allgemeiner österreichischer Slaventag stattfinden, um gegen das gemeinsame nationalpolitische Programm der Deutschen Stellung zu nehmen. Ein lawisches Gegenprogramm ist vorbereitet und wird zur Beratung vorgelegt werden. In Straßburg wurde gewählt, um die Polen für den Slaventag zu gewinnen und zur Erinnerung an den ersten allgemeinen Slaventag, der im Jahre 1848 ebenfalls in Straßburg abgehalten wurde.

\* Das unter 10 vielen Schwierigkeiten endlich zu stande gekommene Ministerium Waldeck-Roussieu setzt sich aus Mitgliedern aller Spaltungen der Linken, vom gemäßigten

Insertionspreis für die 12spaltige Korpus-Beile oben oben Raum 10 Pf. Helmen pro Zeile 15 Pf. Anzeigen werden bis Dienstag Freitag 10 Uhr angenommen.

### Die Kanal-Vorlage in der Kommission.

Die Vorlage hatte Kommissionsanträge verschiedener Provinzen, die sich durch den Mittelkanal für geschädigt halten, zur Folge. Diese Entschädigungsanträge kamen in der Kommission am Freitag zur Sprache und veranlaßten den stellvertretenden Präsidenten zur Abgabe der folgenden Erklärung:

„Ich möchte mir gestatten, eine allgemeine Erklärung über die Kommissionsanträge abzugeben. Ich beziehe mich auf die Erklärungen, die seitens der Vertreter der Regierung bereits früher abgegeben sind. Die Staatsregierung hält an der Auffassung fest, daß grundsätzlich der Bau neuer Verkehrsstraßen an sich diejenigen Kanäle, welche von ihnen ihre Vorteile erwarten, nicht berechtigt, einen Anspruch auf Kompenationen zu erheben. Der entgegengesetzte Grundgedanke kann weder von der Staatsregierung noch von der Landesvertretung aufgestellt werden. Es würde zu einer völlig unbilligsten Vertheilung der Staatsmittel und zu einer Störung in der Entwicklung des Verkehrswehens führen. Die Staatsregierung erachtet es aber nach wie vor für eine Aufgabe der Vertheilung, eine ungehörige Entwidlung der wirtschaftlichen Lage in verschiedenen Kanalsystemen zu fördern.“

Die Vorlage hätte bereits eine vollständige Vertheilung und Veranschaulichung in einzelnen Gebieten durch zweckmäßige Maßnahmen, besonders auch in den Eisenbahnen, hintanzuhalten. In letzterer Beziehung kam sie z. B. eine ins einzelne gehende Zusicherung nicht machen, da sie wieder das Bedürfnis an sich nicht den Umfang zu übersteigen vermag, auch nicht in der Lage ist, der verfassungsmäßigen Entscheidung der Provinz in Sachfragen vorzuziehen. Am vorliegenden Falle, wo zwei an verschiedenen Enden des Staates delegierte Montagnearbeiten in natürlichem Wettbewerbverhältnis stehen, rechtfertigt es sich auch nach Auffassung der Regierung, von jenen Grundregeln Ausnahmen zu machen und auf Maßnahmen Bedacht zu nehmen, die geeignet sind, eine vollständige Vertheilung herbeizuführen. Unter ausdrücklicher Billigung Sr. Majestät des Königs habe ich namens der Staatsregierung folgende Erklärung abgegeben. Die Staatsregierung wird, wenn der vorliegende Gegenstand die Genehmigung erhält, die Wasserkräfte zwischen Delft und Berlin zu einer Leistungsfähigen ausdehnen. Die Vorarbeiten haben ergeben, daß es technisch durchführbar sein wird, durch Aufstärkung von Staumauern der Ober ein Wasserfall von 140 Meter für 450 Zonen-Schiffe zu verschaffen. Sollte dieser Weg sich als unangenehm erweisen, so werden als Ausweg anderweitige Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiet der Eisenbahnen in Aussicht zu nehmen sein. In letzterer Beziehung ist die Staatsregierung bereit, einem etwaigen Antrag der Provinz Westfalen auf Erteilung der Konzession für Kanalbau, vorbehaltlich der näheren Bedingungen, zu entsprechen. Die Staatsregierung hat keine Veranlassung, auf die letzten Kommissionsanträge einzugehen.“

Im weiteren beabsichtige der Minister die weitergehenden Forderungen.

Schließlich erklärte der Staats- und Finanzminister Dr. v. Mülow: Die Forderungen seien größtentheils unbisultierbar. Grundsätzlich könnten Kommissionsanträge nicht zugebilligt werden. Es müßte berücksichtigt werden, daß alle Kanalsysteme Vorteile vom Kanal haben. Er verleihe jedoch, warum bezüglich Schließens eine Ausnahme gemacht werden solle: Was für Schäden entstehen solle, hätte auf jeden Fall gelassen müssen. Die Auffassung, als ob Schließen Kompenationen gebührt werden müßten, um Stimmen zu gewinnen, lehne er entschieden ab.

Im weiteren beabsichtige der Minister die weitergehenden Forderungen.

Schließlich erklärte der Staats- und Finanzminister Dr. v. Mülow: Die Forderungen seien größtentheils unbisultierbar. Grundsätzlich könnten Kommissionsanträge nicht zugebilligt werden. Es müßte berücksichtigt werden, daß alle Kanalsysteme Vorteile vom Kanal haben. Er verleihe jedoch, warum bezüglich Schließens eine Ausnahme gemacht werden solle: Was für Schäden entstehen solle, hätte auf jeden Fall gelassen müssen. Die Auffassung, als ob Schließen Kompenationen gebührt werden müßten, um Stimmen zu gewinnen, lehne er entschieden ab.

Im weiteren beabsichtige der Minister die weitergehenden Forderungen.

Schließlich erklärte der Staats- und Finanzminister Dr. v. Mülow: Die Forderungen seien größtentheils unbisultierbar. Grundsätzlich könnten Kommissionsanträge nicht zugebilligt werden. Es müßte berücksichtigt werden, daß alle Kanalsysteme Vorteile vom Kanal haben. Er verleihe jedoch, warum bezüglich Schließens eine Ausnahme gemacht werden solle: Was für Schäden entstehen solle, hätte auf jeden Fall gelassen müssen. Die Auffassung, als ob Schließen Kompenationen gebührt werden müßten, um Stimmen zu gewinnen, lehne er entschieden ab.

### Von Nah und Fern.

Wien. Bei dem letzten Anlaufgehe der Schängengilde zu Friedheim fiel die Schängengilde zu Friedheim.







